



Friedhelm Hengsbach SJ

Zocken? Schaffen? Heilen? – Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen

Ludwigshafen, Juli 2010

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

„Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“, fragte der Chefermittler zur Bankenkrise im US-amerikanischen Kongress einen der ehemaligen Manager. „Wir sind nicht dafür verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that“, war seine Antwort. Andere erklärten, dass man tanzen müsse, solange die Musik spielt. Kompliziert werde es, wenn sie plötzlich verstummt. Oder dass das Risiko einer solchen Krise wie das Risiko eines Hurrikans sei. Josef Ackermann rechtfertigt sich so: „Wir sind alle irgendwie Getriebene der Märkte. Wer in der ersten Reihe spielt, muss höhere Risiken eingehen, andernfalls ist er schnell draußen“. Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler, die mit ihren Analysen gescheitert sind, greifen zur lyrischen Poesie: Das Herz-Kreislaufsystem funktioniert expansiv und kontraktiv. Die Jahreszeiten folgen einander – Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Ebenso wechseln auf den Finanzmärkten expansive, euphorische Phasen und schrumpfende, depressive Phasen einander ab. Auf dem Hintergrund eines so gezeichneten Szenarios klingt die Frage: „Hätten die Lehmann Sisters es anders gemacht?“ ziemlich verwegen, oder?

Ich will meine Überlegungen zur Zukunft der Arbeit als Teil eines Lernprozesses in der Krise, der aus der Krise herausführen kann, dreifach gliedern, indem ich säkulare Erwartungen formuliere, gegenwärtige Bruchlinien darstelle und Chancen eines finanzpolitischen Neustarts erkunde.

1. Säkulare Erwartungen

In der biblischen Tradition werden zukünftige Generationen als „die Nachkommenschaft“ bezeichnet. Der Begriff ähnelt dem Bild einer Gruppe von Ruderern, die sich mit dem Rücken zur Fahrtrichtung an einem landschaftlich oder architektonisch herausragenden Punkt orientieren, auf den sie zurück schauen, um ihr Fahrtziel nicht zu verfehlen. Vergleichbar lassen sich säkulare Erwartungen aus beobachtbaren Trends entwickeln, die in die Zukunft verlängert werden. Zwei solcher Zukunftserwartungen will ich erläutern.

1.1 Jean Fourastié: „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“

Jean Fourastié hat 1950 jene Drei-Sektoren-Hypothese veröffentlicht und bekannt gemacht, die bereits in den 1930er Jahren von den britischen Wirtschaftswissenschaftlern Allan G.B. Fisher und Colin G. Clark ausgearbeitet worden war. Er differenziert die wirtschaftliche Tätigkeit nach Dienstleistungen, Rohstoffverarbeitung und Rohstoffgewinnung. In der geschichtlichen Reihenfolge sind jeweils die Nachfrage und die Her- bzw. Bereitstellung von Nahrungsmitteln, von Industriegütern und von Dienstleistungen dominant. Die Verschiebungen zeigen sich in den Anteilen am Volkseinkommen und an den Beschäftigungsverhältnissen.

In dem ersten Sektor, also der landwirtschaftlichen Produktion und im zweiten Sektor, der Industrieproduktion sind in den vergangenen hundert Jahren hohe Produktivitätszuwächse realisiert worden. Vor etwa 150 Jahren mussten 8 Bauern arbeiten, um einen Nichtbauern mit zu ernähren, heutzutage kann ein Bauer 88 Nichtbauern mit ernähren. In der Autoindustrie kann die Belegschaft innerhalb von zehn Jahren um ein Drittel reduziert werden, ohne dass ein Auto weniger das Band verlässt. Dieser Produktivitätszuwachs setzt jeweils Arbeitskräfte frei, die vom nächst nachfolgenden Sektor absorbiert werden. Der dritte Sektor ist durch niedrigere Produktivitätsraten gekennzeichnet, aber durch ein überdurchschnittliches Bildungs- und Kompetenzniveau.

1.2 Daniel Cohen: „Unsere modernen Zeiten“

Der französische Ökonom Daniel Cohen hat 2000 das Buch „Nos Temps Modernes“ veröffentlicht, das 2001 unter dem Titel: „Unsere moderne Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt“ ins Deutsche übersetzt wurde. Seine Kernhypothese lautet: Die reifen Industrieländer stehen an der Schwelle zum „Zeitalter des Arbeitsvermögens“. Ihre kostbarste Ressource sind nicht das Finanzkapital, die Technik oder der Grund und Boden, nicht einmal die fossilen Energien, sondern das Arbeitsvermögen.

Er begründet seine Hypothese zum einen mit der Beobachtung einer sich ausbreitenden postfordistischen Wirtschaftsepoche. In den Betrieben erfolgen tiefgreifende, radikale Veränderungen, die Arbeitsprozesse werden informatisiert, die starr hierarchische Betriebsorganisation wird gelockert und verflüssigt sich.

Was ist die Ursache dieser radikalen Veränderungen? Es ist weder die Technik noch die betriebliche Organisation. Die treibende Kraft sind die Beschäftigten selbst, meint Daniel Cohen. Sie haben sich durch eine bessere Ausbildung eine höhere Kompetenz erworben, neben der fachlichen vor allem eine kommunikative Kompetenz. Sie sind selbstbewusst und selbst bestimmte Subjekte geworden, haben in der Familie und in der Schule positive Erfahrungen mit der Demokratie als Lebensform gewonnen. Als Wissensarbeiter oder „Arbeitskraftunternehmer“ beanspruchen sie mehr Autonomie bei der Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit.

Diese Trends bewirken eine Humanisierung der Arbeit, eine Zunahme der Arbeit an den Menschen und eine Aufwertung dieser Arbeit, in einer gegenüber der Industriearbeit höheren Anerkennung und Bezahlung.

2. Gegenwärtige Bruchlinien

„Wut und Apathie“. So wird die aktuelle Stimmungslage der Bevölkerung in Deutschland nach der Finanzkrise beschrieben. Prof. Heitmeyer aus Bielefeld versucht, „Deutsche Zustände“ im Zeitablauf zu erfassen. Die aktuelle Bestandsaufnahme gibt eine Einschätzung der Situation wieder, in der 90% der Befragten einen gesellschaftlichen Abstieg und eine Verarmung erwarten, drei Viertel vermuten, dass das Empfinden für Solidarität abnimmt, zwei Drittel meinen, dass wir es uns nicht mehr werden leisten können, Benachteiligte mit zu tragen, und ein Drittel hält es für ausgeschlossen, dass in Zukunft alle Menschen die gleiche Rechte beanspruchen könnten.

Eine beispiellose Finanzkrise hat uns offenbar die Augen dafür geöffnet, dass die Erwartungen einer neuen Epoche der Arbeitsverhältnisse ruckartig verdampft sind. Aber ist diese Krise so beispiellos? Immerhin hat es in den letzten 30 Jahren sieben bis acht Krisen in der monetären Sphäre gegeben. Finanzkrisen gehören zum Kapitalismus wie das Wasser zum Meer, heißt es. Inzwischen wird das Besondere dieser Krise darin gesehen, dass es eine Bankenkrise ist, die vor allem den Interbankenmarkt getroffen habe, weil das Stocken der Fristentransformation Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der einen oder anderen Bank ausgelöst habe. Die letzte einer solchen Bankenkrise war 1929/30. Beispiellos ist an dieser Krise, dass das marktradikale wirtschaftsliberale Credo mit den drei Glaubenssätzen: „Vertraue auf die Selbstheilungskräfte des Marktes!“, „Der schlanke Staat ist der beste aller möglichen Staaten!“ und: „Eine Notenbank, die rigoros die Inflation bekämpft, macht jede weitere Wirtschaftspolitik anderswo überflüssig!“ abrupt zusammen gebrochen ist. Und beispiellos ist diese Krise deshalb, weil sie drei Dimensionen einschließt, wovon das Weltwirtschaftsforum in Davos 2009 überzeugt war. Die monetäre Dimension ist darin begründet, dass die außergewöhnliche wirtschaftliche Dynamik des Kapitalismus in der unbegrenzten Geld- und Kreditschöpfungsmacht des

Bankensystems liegt. Gleichzeitig ist dem industriellen Kapitalismus infolge der naturwissenschaftlichen Kenntnisse und der technischen Möglichkeiten der ungehemmte Griff in die „Sparbüchse der Erde“, wie Werner Sombart erklärt, möglich – und zwar quasi zum Nulltarif. Dies macht die ökologische Dimension der Krise aus. Und drittens die soziale Dimension: Die Finanzkrise ist begleitet – manche sagen gar: mitverursacht – von Tendenzen wachsender Armut und Ausgrenzung der unteren Schichten der Bevölkerung, die politisch verursacht sind. Seit Jahren ist die verfestigte Massenarbeitslosigkeit verschärft worden durch eine Deformation der solidarischen Sicherungssysteme, eine Entregelung der Arbeitsverhältnisse und eine finanzpolitisch und steuerpolitisch beschleunigte Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung. Diese Politik ist in den reichen Ländern systematisch betrieben sowie in den Schwellen- und Entwicklungsländern kopiert worden.

Aber trifft die Vermutung zu, dass erst die Finanzkrise die von Fourastié und Cohen skizzierten Trends gestoppt und die daran geknüpften Erwartungen haben erodieren lassen? Nicht die Finanzkrise, die durch den Finanzkapitalismus verursacht worden ist, sondern der Finanzkapitalismus selbst hat bereits vier Bruchlinien erzeugt, die zu den Verursachern der Krise gehören.

2.1 Entwertung des Arbeitsvermögens

Im Unterschied zum Rheinischen Kapitalismus sind im angloamerikanischen Finanzkapitalismus die Kapitalmärkte dominant, auf denen die institutionellen Anleger, Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds operieren. Die Märkte kontrollieren die Unternehmen mit Hilfe einer reinen Finanzkennziffer, den „shareholder value“, der den Gegenwartswert des Saldos zukünftiger Zahlungsströme abbildet. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Anteilseigner. Die Unternehmensmanager sollen ausschließlich die kurzfristigen und extrem hohen Renditeerwartungen der Anteilseigner bedienen, sonst nichts. Die langfristigen Interessen der Belegschaften, der Kunden und Zulieferer sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt spielen eine völlig nachrangige Rolle.

Die Entwertung des Arbeitsvermögens drückt sich aus in der Spaltung der Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Branchen: Um eine industrielle, exportorientierte Kernbelegschaft von Wissensarbeitern bilden sich Randgruppen einfacher Dienstleistungen, die in Deutschland anzubieten als anrühlich und nachzufragen als ehrenrührig empfunden wird. Selbst in den industriellen Branchen, aber noch mehr in den Dienstleistungssektoren nimmt die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse zu: Teilzeitarbeit, flexible Arbeit, die sich an den betrieblichen Zeitwünschen anpasst, Leiharbeit, befristete Arbeit, Scheinselbstständigkeit, Arbeit zu einem Lohn, der durch Arbeitslosengeld II aufgestockt werden muss. Von solchen Arbeitsverhältnissen sind Frauen überdurchschnittlich betroffen.

2.2 Wettbewerbsstaat

Ernst-R. Breuer, der frühere Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank hat mit dem Gedanken gespielt, dass es vielleicht gar nicht so schlecht sei, wenn die Finanzmärkte die 5. Gewalt in der Demokratie seien und die nationalen Regierungen sich ins Schlepptau der Finanzmärkte begeben würden. Es könnte sein, dass die täglichen millionenfachen Entscheidungen der Anteilseigner auf den Kapitalmärkten bessere Signale seien als die vierjährigen Parlamentswahlen, um die nationalen Regierungen zu einer vernünftigen Politik zu bewegen. Vernünftige Politik in seinem Verständnis besteht in Folgendem: die Gewerkschaften in Schach halten, damit die Lohnsteigerungen moderat ausfallen, Steuern und Abgaben senken sowie möglichst

wenig Umverteilung zulassen. Dann würden die Länder, die einer so definierten vernünftigen Politik folgen, mit einem Strom von Investitionskapital rechnen können. Unter dem Druck derartiger Kampagnen sind die demokratisch legitimierten Staaten zu Wettbewerbsstaaten mutiert. Die Regierenden geben vor, mit anderen Staaten um das angeblich knappe, jedoch mobile Kapital, das scheu wie ein Reh sei, konkurrieren zu müssen. Folglich entlasten sie die Kapitalgesellschaften durch Steuersenkungen, erhöhen die indirekten Steuern, hebeln die Tarifverträge zugunsten betrieblicher Regelungen aus, und bemühen sich, die Bürgerinnen und Bürger zu olympiareifen Arbeitstieren zu machen, fit für den globalen Wettbewerb.

Das Medium einer globalen Wettbewerbspolitik ist die Subventionierung der Exportindustrie. Im Tross der ins Ausland reisenden Kanzlerin bewegen sich die Industriemanager, um den strukturellen Export- und Leistungsbilanzüberschuss, der sich seit Jahrzehnten verfestigt hat, aufrecht zu erhalten. Die Industrielobby treibt den Staat vor sich her, damit er an Stelle des allgemeinen Interesses das private Interesse einer Minderheit verfolgt, die über die Produktionsmittel sowie über einen privilegierten Zugang zu Bildungsgütern und damit zu gesellschaftlichen Positionen sowie in deren Folge zu informellen Beziehungsnetzen geschlossener Eliten verfügt. Dabei ist die pathologische Exportlastigkeit der Bundesrepublik zu einem globalen und regionalen Systemrisiko der monetären Sphäre geworden. Sowohl in der ersten Phase der Bankenkrise wurden gleichzeitig krisenanfällige Industrieunternehmen als systemrelevant etikettiert und mit öffentlichen Bürgschaften oder Krediten gerettet. In der Krise sind die Fehler wiederholt worden, die in die Krise geführt haben. In Deutschland indessen wurden die globalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse etwa zwischen den USA auf der einen Seite und China, Japan, Russland und Deutschland auf der anderen Seite nicht als problematisch angesehen. Als sich das Problem der Ungleichgewichte innerhalb des Europäischen Währungsraums als regionale Schief lagen der Leistungsbilanzen der Mitgliedsländer wiederholte, ist diese Gefährdung der europäischen Solidarität von der deutschen Regierung wieder nicht gesehen, sondern als Schuldenproblem eines relativ kleinen Landes definiert worden.

2.3 Deformation des Sozialstaats

Der Umbau des Rheinischen Kapitalismus in den kapitalmarktdominierten Finanzkapitalismus war begleitet vom Abbau der solidarischen Sicherungssysteme zugunsten einer kapitalgedeckten privaten Vorsorge, die von den Finanzunternehmen organisiert wurde. Eine breit gestreute Propaganda hat die Bevölkerung mit den Legenden verunsichert, dass der Sozialstaat angesichts der Globalisierung zu teuer, wegen der demografischen Entwicklung auf Dauer nicht finanzierbar und auch fehlgeleitet sei, weil er die individuelle Verantwortung untergrabe und ein behagliches Netz kollektiver Sicherheit ausspanne. In der Folge wurden gesellschaftliche Risiken, die den Einzelnen als Verursachenden nicht zugerechnet werden können, wie etwa Arbeitslosigkeit, schwere Krankheit, Altersarmut, Pflegebedürftigkeit und – in einer patriarchalen Gesellschaft – die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht individualisiert. Sobald diese Legende akzeptiert war, konnte man die solidarischen Sicherungssysteme zurückfahren und von einem Niveau, das im Risikofall den durch Arbeit erreichten Lebensstandard sicherte, auf das Niveau eines sozio-kulturellen Existenzminimums absenken. Am Ende waren Grundrechtsansprüche auf Arbeit, Lebensunterhalt, Bildung und Gesundheit, die von jeder Bürgerin und jedem Bürger eingeklagt werden können, tendenziell in private Tauschverhältnisse überführt, also kommerzialisiert worden, die

dem freien Willen und dem beliebigen Ermessen des Arbeitgebers oder der zuständigen Behörde überlassen blieben.

Das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition setzt den Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen das einfache Volk fort. Die Banken und die Gläubiger wurden sowohl bei dem nationalen als auch bei dem europäischen Rettungspaket geschont. Die Lasten, die durch die riskanten Operationen der Finanzunternehmen entstanden sind, werden auf die Allgemeinheit abgeladen. Die Staaten spielen die Rolle kooperativer Geiseln. Das „Sparen“ in den öffentlichen Haushalten bedeutet entweder die mutwillige allgemeine Absenkung des Wohlstands und der Lebensqualität oder eine Umverteilung von Lebens- und Einkommenschancen von unten nach oben und damit die Zunahme der vertikalen Spaltung der Gesellschaft.

2.4 Asymmetrie der Lebenschancen

Wie die deutsche Regierung auf die Krise reagiert hat, indem sie die politische Priorität auf die Stabilisierung der Investmentbanken verlagerte, ist äußerst riskant und droht zu scheitern, wenn es nicht gelingt, den Interbankenmarkt möglichst schnell wieder funktionsfähig zu machen und das von den Zentralbanken fast zum Nulltarif ins Bankensystem geflutete Geld in den realwirtschaftlichen Kreislauf weiter strömen zu lassen.

Sollte eine solche Option erfolglos sein, spitzen sich die Ungleichgewichte der Lebenschancen, die der Finanzkapitalismus verursacht hat, dramatisch zu. Als erstes die Schieflage einer öffentlichen Armut und eines privaten Reichtums: Die Klage über die hohe Staatsverschuldung ist heuchlerisch, wenn nicht gleichzeitig die hohe private Vermögensanreicherung in den Blick genommen wird. Diese Schieflage führt dazu, dass öffentliche Güter nicht angemessen bereit gestellt und Korrekturen der gesellschaftlichen Risse nur unzureichend vorgenommen werden können. Zweitens die Schieflage der Arbeit an den Menschen in den Bereichen Erziehung, Bildung, Gesundheit und Kultur im Verhältnis zur industriellen Arbeit in der Exportindustrie. Drittens die Schieflage zwischen den Ansprüchen, die von den lebenden Bürgerinnen und Bürgern angemeldet werden, und den Ansprüchen, die zum Erhalt der natürlichen Umwelt eingelöst werden sollten. Und schließlich das Recht auf die Wiederaneignung der Zeitautonomie durch die einzelnen Personen, welchen Anteil sie den unternehmerischen und betrieblichen Interessen widmen und welchen Anteil sie für die eigene Privatsphäre reservieren wollen.

Diese Schieflagen haben fast ausnahmslos eine geschlechtsspezifische Komponente. Dies gilt für die Schieflage der privaten Einkommensverteilung und Vermögensbildung, für die Schieflage des Anteils der Frauen und Männer in der sektorspezifischen Beschäftigung sowie für die ungleiche Beteiligung der Männer und Frauen an der regulären Erwerbsarbeit, an der privaten Betreuungsarbeit und am zivilgesellschaftlichen Engagement. Es trifft ebenso für die unterschiedliche ökologische Sensibilität und die daraus resultierenden Entscheidungen zu wie für die abweichende zeitliche Belastung und Zeitnot von Männern und Frauen.

3. Chancen eines wirtschaftspolitischen Neustarts

Die Finanz- und Wirtschaftskrise metastasiert in verschiedene Sphären hinein. Während vor einiger Zeit gefragt wurde: Wer kann, wer will aus der Krise lernen, heißt es nun: Wer kann, wer will überhaupt in der Krise lernen? Im Folgenden sollen sieben Lernfelder skizziert werden.

3.1 Leben unter den Verhältnissen

Sowohl die Bundeskanzlerin als auch ihr gewünschter Koalitionspartner Westerwelle werden nicht müde zu betonen, dass wir alle über unsere Verhältnisse leben. Das Gegenteil ist der Fall. Erstens erwirtschaftet die deutsche Wirtschaft einen strukturellen Leistungsbilanzüberschuss. Dies heißt, dass die Menschen in Deutschland mehr Güter herstellen, als sie verbrauchen, ohne diese Lücke durch importierte Güter zu füllen. Sie könnten sich mehr Güter leisten als sie es tun, sie sparen und bilden als Volksgemeinschaft Vermögen, ohne zu wissen, ob sie dieses Vermögen einmal auflösen und dann mehr konsumieren können. Deutschland als Ganzes lebt unter seinen Verhältnissen, während die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten über ihre Verhältnisse leben. Die USA stehen an der Spitze solcher Länder.

Zweitens leben in Deutschland vermutlich nicht alle über ihre Verhältnisse. Deshalb sollte diese Aussage, wenn sie überhaupt zutrifft, nach Einkommens- und Vermögenslagen differenziert werden. Wie alleinerziehende Frauen, die ein Arbeitslosengeld II beziehen, obwohl ihre Verfügbarkeit für den regulären Arbeitsmarkt zu unterstellen kaum vertretbar ist, über ihre Verhältnisse leben, wissen allein Frau Merkel und Herr Westerwelle.

Drittens lebt die Mehrheit der Deutschen insofern unter ihren Verhältnissen, als viele vitale Bedürfnisse nicht befriedigt werden, etwa ein eigenständiges Leben zu führen, die eigenen Lebenspläne zu verwirklichen, in gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern und im Einklang mit der Umwelt, in einem Wohnumfeld, wo Kinder wachsen und ältere Menschen zufrieden sind, zu leben und vor allem souverän über die eigene Zeit zu verfügen. Außerdem werden dringende öffentliche Aufgaben nicht oder nur miserabel erledigt. Und schließlich wird mit jedem Tag, da die verfestigte Massenarbeitslosigkeit anhält, das Arbeitsvermögen junger Menschen mehr verschlissen, die perspektivlos in den Warteschleifen zwischen Schulabschluss und Ausbildung oder zwischen Ausbildungsabschluss und sinnvoller, sicherer Beschäftigung herumhängen.

3.2 Höhere Wertschöpfung

Wenn der Wohlstand und die Lebensqualität längst nicht an Sättigungsgrenzen gekommen sind, warum sollte dann die Bewältigung der Krise in der Freiheit von der Erwerbsarbeit, in einem autonomen Arbeits- und Lebensstil und in einem bedingungslosen Grundeinkommen gelingen? Warum sollte auf den Produktivitätsgewinn einer arbeitsteiligen Wirtschaft verzichtet werden? Und wie sollten mehr öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und Umweltgüter bereit gestellt werden, wenn auf den hohen Grad ökonomischer und technischer Effizienz, der durch gesellschaftlich organisierte Arbeit genutzt werden kann, verzichtet wird?

Im internationalen Diskurs, wie er auf den Gipfelkonferenzen der G 20 und in europäischen Ländern artikuliert wird, die sich nicht der deutschen schwarz-gelb eingefärbten Sparneurose anschließen, während die deutsche Öffentlichkeit ihn systematisch ausblendet, gilt die Option einer realwirtschaftlichen Belebung als vorzugswürdig gegenüber einer ausschließlichen Bankenrettung, die darauf vertrauen muss, dass die Geschäftsbanken das ihnen von der Zentralbank fast zum Nulltarif zur Verfügung gestellte Geld weder spekulativ anlegen noch auf ihrem Konto bei der Zentralbank parken, sondern in Kredite an die Realwirtschaft und insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen verwandeln. Gemäß einer solchen Option würde eine öffentliche Investitionsoffensive in der Lage sein, indem sie private Investitionen nach sich zieht, direkt Einkommen, Kaufkraft und Arbeitsplätze mit erheblichen Multiplikatorwirkungen zu schaffen. Aber wo lassen sich solche

zusätzlichen Arbeits- und Beschäftigungsfelder erschließen? Bei den Projekten eines ehrgeizigen ökologischen Umbaus der Verkehrs- und Energiesysteme sowie der Ernährungsweisen. Und in der Arbeit an den Menschen.

Höhere Wertschöpfung ist nämlich nicht mit quantitativem, umweltzerstörendem Wachstum zu verwechseln. Bildungsreferenten, Rechtsanwälte, Ärztinnen und Lehrer, Erzieher und Physiotherapeutinnen sind an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beteiligt, selbst wenn Bauern, Bergleute und Metallarbeiter alle Berufe, in denen man sich nicht die Hände dreckig macht, oder solche Arbeiten, die von Frauen geleistet werden, häufig als weniger produktiv einstufen.

Ein höherer Anteil der Sektoren, die der Arbeit an den Menschen gewidmet sind, an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung setzt voraus, dass die berufliche und allgemeine Bildung umgeschichtet werden. Während in der industriellen Konsumgesellschaft die Kompetenzen des Zählens, Wiegens, Messens gefragt waren, werden in der kulturellen Dienstleistungsgesellschaft die Kompetenzen des Heilens, Helfens, Begleitens, Kommunizierens, Pflegens und Spielens eine höhere Anerkennung finden.

3.3 Gesellschaftlich aufgewertete Arbeit an den Menschen

Wie lassen sich die Einkommensunterschiede in den Industrie- und Dienstleistungssektoren sowie die der erwerbstätigen Männer und Frauen erklären? Eine sehr oberflächliche Erklärung besteht darin, dass man die Normalarbeitsverhältnisse der Männer der Teilzeit gegenüberstellt, die überdurchschnittlich, nein ganz überwiegend von Frauen geleistet wird. Und dass man die kontinuierliche Erwerbsbiografie der Männer mit der gebrochenen Erwerbsbiographie der Frauen vergleicht, die durch die private Erziehungsarbeit verursacht ist.

Genau diese sexistischen Ursachen der real existierenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung sollten jedoch auf den Prüfstand und zur Disposition gestellt werden. Häufig wird der Kapitalismus für die diskriminierende Situation verantwortlich gemacht: Das Privateigentum an Produktionsmitteln sei in den Epochen der Landwirtschaft oder Viehzucht den Männern zugesprochen worden. Daraus sei die patriarchale Dominanz in der gesellschaftlich organisierten Arbeit und das Abdrängen der Frauen in die Privatsphäre der Kleinfamilie hervorgegangen. Der Zirkelschluss ist offensichtlich, das Patriarchat durch den Kapitalismus zu erklären und das Privateigentum an Produktionsmitteln durch das Patriarchat. Vermutlich hat der Kapitalismus das Patriarchat übernommen und es durch die industriegesellschaftliche Trennung von Wohn- und Produktionsort verschärft. Verstärkend wirkt darüber hinaus das traditionelle deutsch-konservative Leitbild der Ein-Ernährerfamilie und Hausfrauenehe.

Die Folge der Männerdominanz besteht darin, dass zunächst jede Erwerbsarbeit, die ursprünglich Männer verrichtet haben, als hochwertig eingestuft und entsprechend monetär entgolten wird. Dazu kommt, dass ursprünglich von Männern besetzte Branchen wie die Druckindustrie, Bauindustrie, der Bergbau und die Metallverarbeitung ursprünglich einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufwiesen oder eine hohe strategische Bedeutung hatten, mit dem besonderem Wohlwollen, aber auch mit einer kritischen Aufmerksamkeit der staatlichen Verwaltung rechnen konnten. Sobald Männer ihre Erwerbsarbeit Frauen, die ins Erwerbsleben drängten oder in Kriegszeiten als Reservarmee gebraucht wurden, überließen oder überlassen mussten, galt diese Arbeit als weniger wert und wurde geringer entlohnt. Zugleich ist offensichtlich, dass mit der Frauenarbeit unter

prekären Bedingungen in Dienstleistungssektoren der gewerkschaftliche Organisationsgrad gesunken ist.

Die Struktur der Dienstleistungssektoren ist indessen an sich kein überzeugender Grund, weshalb ein solidarischer Zusammenschluss der abhängig Beschäftigten gegen die Übermacht der Arbeitgeber zum Scheitern verurteilt sei. Jedenfalls sollten in einer demokratischen Gesellschaft die gesellschaftlich organisierten Arbeiten der Frauen gegenüber denen der Männer aufgewertet und monetär fair entgolten werden. Der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verlangt eine Neubewertung der Merkmale, gemäß denen die Lohngruppen und Entgeltstufen innerhalb einer Branche gebildet werden. Er verlangt auch eine größere Solidarität der Branchen, in denen ein hoher Männeranteil und ein fester gewerkschaftlicher Organisationsgrad vorhanden sind, mit solchen Branchen, die diese geschichtlich bedingte Besonderheit nicht aufweisen.

3.4 Finanz- und bildungspolitische Umsteuerung

Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition enthält ein eigenes Kapitel über die Bildungsrepublik Deutschland. Das Sparpaket der Koalition privilegiert den Bildungssektor, insofern er von Kürzungen ausgenommen wird. Allerdings haben diese Ankündigungen nur eine begrenzte Wirkung. Denn erstens liegt die Kompetenz für die Bildung bei den Ländern. Zweitens wird die qualitative Verbesserung der Bildungskompetenz der Erwerbstätigen irrtümlich mit einer Steigerung der Ausgaben für Forschung und Bildung gleichgesetzt. Drittens konzentrieren sich die Ausgaben, über die der Bund verfügen kann, allenfalls auf Realinvestitionen, während die Länder und Gemeinden für die Personalausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen zuständig sind.

Folglich ist eine koordinierte Option von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig, um die professionelle Ausbildung aller, die sich für die Arbeit an den Menschen berufen fühlen, qualitativ zu verbessern. Nicht Sachinvestitionen, sondern finanzielle Ressourcen sollten bereitgestellt werden, um die Personalausstattung zu erhöhen, und zwar so, dass der Anteil der Arbeit an den Menschen gegenüber der Industriearbeit zunimmt und die Anteile der Frauen und die der Männer auf allen Ebenen der Arbeit an den Menschen ausgewogener werden.

3.5 Aufrüstung der öffentlichen Haushalte

Zahlreiche Arbeiten an den Menschen gehören zu den Vertrauensgütern. Diese sind durch eine Asymmetrie der Informationen und Kompetenzen gekennzeichnet, etwa in den Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler, Ärztin und Patienten, Sozialarbeiter und Jugendlichen, Therapeut und Klientin, Bankangestellten und Anlegern. Dieses charakteristische Merkmal hängt mit dem notwendigen und persönlichen Charakter dieser Güter zusammen. Sie sind notwendig, weil das Wohlbefinden der Personen, die diese Güter nachfragen, unmittelbar von ihnen abhängt. Und sie sind persönlich, weil die Güter nicht von denen, die sie nachfragen und benötigen, abgelöst werden können. Damit der Vorschuss an wechselseitigem Vertrauen geschützt bleibt, ist eine stärkere öffentliche Regie bei der Bereitstellung solcher Vertrauensgüter angemessen.

Ein großer Teil der Arbeit an den Menschen ist durch Grundrechtsansprüche gedeckt, etwa ein Recht auf Lebensunterhalt, Arbeit, Bildung, Wohnung und Gesundheit. Ein gleicher Grundbestand solcher Güter sollte jedem Bürger und jeder Bürgerin unabhängig von der Kaufkraft, die ihnen zu Verfügung steht, zugänglich sein. Der Markt, der Wettbewerb und die Privatwirtschaft, die ausschließlich auf Signale der Kaufkraft und Leistungsvermögen reagieren, werden solche Güter nicht

anbieten. Deshalb müssen sie unter öffentlicher Regie bereit gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht musste wiederholt verfassungswidrige Gesetze der Regierung, die solche Grundgüter bedürftigen Menschen vorenthalten haben, außer Kraft setzen und auf die Anerkennung demokratisch-sozialer Grundrechte dringen.

Der Sozialstaat kann sich der Verpflichtung, grundrechtsgeschützte personennahe Dienste bereitzustellen und deren Anteil gegenüber der rein privaten Güterversorgung auszuweiten, nicht entziehen. Folglich muss er sich die dazu nötigen Finanzmittel beschaffen, und zwar nicht durch eine Absenkung der Ausgaben, sondern durch einen Anstieg der Einnahmen. In der gegenwärtigen Situation wäre ein finanzieller Lastenausgleich durch eine Enteignung und Enterbung der Eigentümer extrem hoher Geldvermögen, eine ernsthaft progressive Einkommensteuer, die Abschaffung des Wettbewerbsföderalismus, der deutschen Schuldenbremse sowie der europäischen Stabilitätsregeln für öffentliche Haushalte fällig, damit unter anderem das Ausbluten der Kommunen gestoppt wird.

Die politische Klasse scheint trotz der desaströsen Finanz- und Wirtschaftskrise, in die der Finanzkapitalismus die Welt hineingetrieben hat, und trotz der wiederholten Erpressungsversuche durch die Finanzmanager beim Krisenmanagement an den marktradikalen und wirtschaftsliberalen Parolen, die vor der Krise propagiert wurden, festzuhalten. Deshalb werden eine zivilgesellschaftliche Bewegung und die Bildung von Gegenmacht im vorparlamentarischen Raum notwendig sein. Sie werden die Gerichte, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen sowie Verbraucher- und Anlegergruppen einschließen und ein neues Gleichgewicht zwischen privatem und öffentlichem Wohlstand herstellen. Dies mag in der gegenwärtigen Situation verbreiteter Ohnmacht utopisch klingen. Immerhin hat eine gesellschaftliche Gruppe, von der es niemand erwartet hatte, nämlich die Erzieherinnen ihrer Wut einen demonstrativen Ausdruck verliehen und für ihre berechtigten und von der Öffentlichkeit respektierten Forderungen gestreikt. Auch die Schüler- und Studenten-„Streiks“ haben immerhin Ansätze einer Korrektur missratener Bildungs- und Hochschulinterventionen des Staates angestoßen.

3.6 Beteiligung an der Entscheidungsmacht

Eine entfesselte Marktsteuerung wirkt destruktiv für den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Nachhaltigkeit. Sie zerstört letztlich auch den gleichen wirtschaftlichen Nutzen, den sie den Marktteilnehmern vorgaukelt. Die Vertreter der ordoliberalen Wirtschaftspolitik haben gemeint, dass die rechtliche Ordnung, in die der Staat den marktwirtschaftlichen Wettbewerb einrahmt, ausreichen würde, die wirtschaftlichen Akteure mittelbar auf das allgemeine Interesse hinzulenken, auch wenn sie unmittelbar den privaten Profitinteressen folgten. Starke Lobbyisen haben die staatlichen Organe ins Schlepptau der privaten Banken und Konzerne genommen. Der Wettbewerbsstaat hat sich mit wirtschaftlichen Experten, Kommissionen und Beauftragten umringt und droht seine Entscheidungen weit entfernt von den Interessen des Volkes auf politische Beteiligung zu treffen.

Der Finanzkapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass die Interessen der Anteilseigner erstrangig bedient, die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Gesellschaft und der Natur dagegen nachrangig berücksichtigt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch wurde 1952 in Deutschland unter dem Eindruck der unmittelbaren Kriegsfolgen im Bekenntnis: „Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, nie wieder Kapitalismus“ die Montanmitbestimmung beschlossen, eine drittelparitätische Besetzung der Entscheidungsgremien in den Kapitalgesellschaften durch Vertreter der Belegschaft, der Kapitaleigner und der öffentlichen Hand. Damit solle gesichert werden, dass neben dem ersten Schritt einer demokratischen Aneignung des

Kapitalismus, der Betriebsverfassung, in einem zweiten Schritt die Gremien der Unternehmensleitung demokratisch angeeignet werden, um einem durch die Kapitaleigner entfesselten Kapitalismus vorzubeugen. Eine solche Zivilisierung des Finanzkapitalismus, ein institutionalisierter Interessenausgleich aller, die sich für das Wohl des Unternehmens engagieren, wäre in der aktuellen Krise bei allen Finanzunternehmen sinnvoll gewesen, die auf Grund der Krise in die Nähe öffentlicher Regie geraten sind.

3.7 Korrektur der finanzkapitalistischen Verteilungsregel

Ohne eine Beteiligung an der Entscheidungsmacht in den Unternehmen und ohne den Primat der politischen Organe bei der Regelung eines dynamischen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs bleibt die erwünschte Korrektur der asymmetrischen Einkommens- und Vermögensverteilung eine reine Luftnummer. Dennoch ist es nützlich, deren Konturen theoretisch zu skizzieren. Es geht darum, dass die Ressourcen, die einen Beitrag zur unternehmerische Wertschöpfung erzeugen, nämlich das Arbeitsvermögen, das Geldvermögen (als Eigen- und Fremdkapital), das Naturvermögen und das Gesellschaftsvermögen (öffentliche Infrastruktur, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie die private Beziehungsarbeit), auch einen fairen Anteil an der Wertschöpfung erhalten.

Gemäß der finanzkapitalistischen Verteilungsregel, die in eine angeblich betriebswirtschaftliche Logik übersetzt wurde, werden drei Ressourcen als Kostenfaktoren und die eine Ressource, das Geldvermögen als Gewinnfaktor definiert. Gleichzeitig wird der Gewinn und nicht die Wertschöpfung zum beherrschenden Unternehmenszweck erklärt. Daraus leiten die Betriebswirte dann die vermeintliche Berechtigung ab, das Entgelt, das den Arbeitern, der Natur und der Gesellschaft als Lohn, Abgaben und Steuern entrichtet wird, möglichst niedrig zu halten, weil es sich um Kosten handelt, und das Entgelt, das für den Einsatz des Geldvermögens bereit gestellt werden soll, möglichst zu steigern, weil der Gewinn ja mit dem Zweck des Unternehmens gleich gesetzt wird.

Zur Rechtfertigung dieser Schieflage der Verteilung werden absurde Legenden gestrickt. Diejenigen, denen Gewinneinkommen zufließen, etikettieren sich als „Leistungsträger“, während sie am unteren Ende der Unternehmenshierarchie weniger Leistungsfähige und weniger Leistungsbereite vermuten. Dabei sind in einem arbeitsteiligen Prozess der Leistungserstellung eine adäquate präzise technische Zuordnung und monetäre Zurechnung der Leistung eines einzelnen Beschäftigten oder einer einzelnen Beschäftigtenstunde auf ein kollektiv erstelltes Arbeitsergebnis gar nicht möglich. Entgelte, Entgeltstufen und Entgeltgruppen sind durch kollektive Vereinbarungen der Tarifpartner festgelegt, die allenfalls Richtigkeitsvermutung unterliegen.

Dass unter finanzkapitalistischen Bedingungen die Kapitaleigner sich den relativ größeren Teil der Wertschöpfung aneignen, hätten die griechischen und lateinischen Kirchenväter als Diebstahl und Raub angeprangert, weil sie Teile des Entgelts in die eigene Tasche fließen lassen, die anderen gehören. Sie hatten intuitiv begriffen, dass das Eigentum an Produktionsmitteln nur mit Hilfe fremder Arbeit rentabel verwertet werden kann, so dass den abhängig Beschäftigten ein fair ausgehandelter Anteil an der von beiden Vertragsparteien erwirtschafteten Wertschöpfung moralisch und rechtlich zusteht.

Resümee

Haben die Banker Recht, die sich dem Risiko eines Lavaregens oder eines Tsunamis ausgeliefert sehen, Getriebene der Finanzmärkte? Haben die deutsche Regierung und die Industriekonzerne Recht, die das Überleben der deutschen Wirtschaft an die Industriearbeit und den Export von Industriegütern binden? Fourastié und Cohen haben eine Zukunftsperspektive jenseits des „Zockens“ und „Schaffens“ aufgezeigt, die sich auf wahrnehmbare Trends gründet. Aber soll die Arbeit an den Menschen, das „Heilen“ weiterhin unterbewertet, niedrig entlohnt und als Frauenreservat abgestempelt bleiben? Weder die Drei-Sektoren-Hypothese noch das Zeitalter des Arbeitsvermögens sind ein Naturereignis oder eine geschichtliche Notwendigkeit. Individuelle und kollektive Akteure sind Bestandteile der Wirtschaft. Sie können die Schief lagen kapitalistischer und patriarchaler Machtverhältnisse zivilisieren und demokratisieren. Die Arbeit an den Menschen kann nur dann als eine demokratische Option vertreten werden, wenn sowohl die Erwerbsarbeit, die private Beziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement als auch die Arbeitseinkommen, die Kapitaleinkommen und die Transfereinkommen auf die beiden Geschlechter, Männer und Frauen fair verteilt werden.